Heft 9-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus

www.Sozialismus.de

J. Bischoff: Establishment oder Rechtspopulismus?

Wilhelm Kriehebauer: Orbanisierung Österreichs?

Jörg Wiedemuth: Der Kampf gegen Niedriglöhne

Heinz-J. Bontrup: 40 Jahre Mitbestimmung

Forum Gewerkschaften

Berlin vor den Wahlen: Sozial gespaltene Stadt!!?

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Fidel Castro wurde 90.

»Sie umringen ihn ganz unbefangen, sie duzen ihn, sie diskutieren mit ihm, sie widersprechen ihm, sie stellen Forderungen an ihn...« So beschrieb 1988 der kolumbianische Literaturnobelpreisträger Gabriel José García Márquez den Revolutionär Fidel Castro, der in diesem Monat seinen 90. Geburtstag feierte. ...

Abenomics: schwache Wirtschaft und Nationalismus

Die Regierung von Shinzo Abe, die LDP und ihre Koalitionspartner haben ihre politische Hegemonie ausbauen können. Die Koalition aus LDP und dem kleineren Partner Komeito verfügt in beiden Kammer des Parlaments über eine deutliche Mehrheit. ...

Chancen für Politikwechsel?

Über das Steuerkonzept der Grünen wird auf der nächsten Bundesdelegiertenversammlung im Herbst entschieden. Doch aktuell sehen wir bereits eine engagierte Debatte um die Frage, es in Deutschland eine Wiedererhebung der Vermögensteuer geben soll? Dies wird vom linken Parteiflügel um Grünen-Bundeschefin Simone Peter gefordert ....

Heft Nr. 9 | September 2016 | 43. Jahrgang | Heft Nr. 410

Ausnahmezustände

Redaktion Sozialismus: Türkei – autoritäres Präsidialregime in einer kapitalistischen Vetternwirtschaft 2

Wilhelm Kriehebauer: In tiefer Sorge. Droht der österreichischen Republik eine »Orbanisierung«? 9

Joachim Bischoff: Plutokratie & Establishment oder rechtspopulistisches Chaos? US-Wahlkampf zwischen Clinton und Trump 17

Wolfgang Müller: Wenn in China eine Tasse Reis umfällt... Abschied vom chinesischen Wirtschaftswunder? Wann platzen welche Blasen? 25

Armando Fernández Steinko: Spanien – von der politischen Blockade zur Hegemonie der Linken 30

Nach- & Vorwahl-Kämpfe

Jendrik Scholz: Grüne Kontinuität mit Austerität. Baden-Württemberg: Grün-Schwarz löst Grün-Rot ab 34

Redaktion Sozialismus: Rezepte gegen den Marsch nach rechts? 38

Uli Bochum/Jeff Butler/Klaus Kohlmeyer/Stephanie Odenwald: »Schlimmeres verhindert« (zu Harald Wolf, Rot-Rot in Berlin) 39

Wilfried Jung: Berlin – sozial gespaltene Stadt? (zu Bochum u.a., Soziale Spaltungen in Berlin) 43

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Den Sinkflug der Rente stoppen. Reformvorschläge der IG Metall zur Stärkung der gesetzlichen Alterssicherung 47

Jörg Wiedemuth: Gewerkschaftspolitische Strategien zur Bekämpfung des Niedriglohnsektors 51

Heinz J. Bontrup: Mitbestimmung – eine Mogelpackung 55

Nachruf

Redaktion Sozialismus: Ein Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit. Wir trauern um Herbert Schui (1940-2016) 61

Analyse & Selbsterkundung

Dieter Klein: »Staatsmonopolistischer Kapitalismus«. Zum Schicksal einer Theorie nach dem Verschwinden des Staatssozialismus 63

Axel Otto: Doppelter Klassenverrat (zu Eribon, Rückkehr nach Reims) 70

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 71

Veranstaltungen & Tipps 72

Klaus Schneider: Captain Fantastic (Filmkritik) 73

Supplement

Petra Reichert/Stephanie Odenwald/Ursula Schumm-Garling/Johanna Klages
Marxismus-Feminismus
Frauen im neoliberalen Kapitalismus

Grüne Kontinuität mit Austerität

Baden-Württemberg: Grün-Schwarz löst Grün-Rot ab

von | Jendrik Scholz

In Baden-Württemberg haben die Grünen ihren Juniorpartner ausgewechselt. Statt mit den Sozialdemokraten regieren die Grünen seit Mai mit der CDU. Mit ihr wollen die Grünen ihre Politik der Austerität,[1] die restriktive Haushalts- und Finanzpolitik der Vergangenheit, fortsetzen.[2] Die Selbstbeschreibung der Grünen und der CDU in ihrem Koalitionsvertrag als Abbild der »bürgerlichen Gesellschaft in ihrer ganzen Breite« ist insofern zutreffend. In der Durchsetzung der Austerität zulasten der abhängig Beschäftigten, Sozialtransferempfänger und des öffentlichen Sektors besteht der ideologische Kitt des neuen grün-schwarzen Bürgerblocks. Grün-Schwarz stellt sich selbst ausdrücklich in die Tradition des Neoliberalismus, indem es sich mit »Demografie« und »Nachhaltigkeit« zwei seiner wichtigen Begründungszusammenhänge zu eigen macht und erklärt, »weder in finanzieller noch ökologischer Hinsicht auf Kosten unserer Kinder leben zu wollen«.[3] Folgerichtig hat Grün-Schwarz erklärt, in den nächsten vier Jahren 1,8 Milliarden Euro einzusparen. Um ganz sicher zu gehen, soll die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankert werden, was – aller grünen Beteiligungsrhetorik zum Trotz – der Selbstentmachtung des gerade demokratisch gewählten Landtages entspricht.

Das grün-schwarze Leitbild ist ein Schrumpfstaat mit ausgeglichenem Haushalt, der Unternehmer und Vermögende in Ruhe lässt, gleichzeitig aber Innovationen anstoßen soll, und in dem ansonsten munter über Bürgerbeteiligung, Nachhaltigkeit, sozialen Zusammenhalt und Zivilgesellschaft schwadroniert wird.[4] In seiner Tutzinger Rede »Sinn der Bürgergesellschaft« einige Monate vor der Landtagswahl nannte

Winfried Kretschmann und Thomas Strobl am 18.8.2016 in Stuttgart (Foto: dpa)

der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann »gewisse Tendenzen, die dem bürgerschaftlichen Engagement entgegenwirken« würden: »Fortschreitende Individualisierung«, »zunehmende Komplexität« – und »ein Übermaß an Konsum«. Nicht soziale Ungleichheit, Armut und immer prekärere Arbeit identifizierte er als Hauptgefahren für mehr Beteiligung und Demokratie, sondern zu viel Konsum. Dabei haben ausweislich des baden-württembergischen Armuts- und Reichtumsberichts Armut und prekäre Arbeit in den letzten Jahren auch in Baden-Württemberg erheblich zugenommen,[5] was wiederum auch negative Auswirkungen auf die demokratische Beteiligungskultur hat: Die Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl war in den beiden badischen Städten Karlsruhe und Freiburg umso geringer, je ärmer die Menschen, und umso höher, je reicher die Menschen waren, wie eine Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zeigt.[6] Deutlich ist dieser Studie zufolge auch der positive Zusammenhang zwischen Wohneigentum und hoher Wahlbeteiligung in der grünen Hochburg Freiburg: »Je höher der Anteil von Ein- und Zweifamilienhäusern in einem Stadtteil, desto höher ist auch die Wahlbeteiligung, und je stärker die Bebauung geprägt ist von großen Miets- und Hochhäusern, desto unterdurchschnittlicher ist auch die Wahlbeteiligung.«

Der Berliner Bewegungsforscher Peter Grottian charakterisierte die grüne »Demokratie des Gehörtwerdens«, für die mit Gisela Erler in Stuttgart eine eigene Staatsrätin verantwortlich zeichnet, bereits im Jahr 2012 im Zuge der Auseinandersetzungen um Stuttgart 21 als »ein diffuses Konzept von oben und keine Ermutigung von unten«.[7]

Unten sind die Realitäten andere: Im Jahr 2015 waren bereits 37,8% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Teilzeit (20,8%), der Leiharbeit (2,2%) oder einem Mini-Job (14,7%). Zwölf Jahre zuvor betrug der Anteil der derart atypisch Beschäftigten erst 29,0%.[8]

Von Niedriglohnbeschäftigung und Arbeitslosigkeit ihrer Eltern sind auch in Baden-Württemberg vor allem Kinder betroffen. Ein typisches Beispiel ist auch hierbei die Stadt Freiburg. Dort lebten im Jahr 2013 4.477 Kinder in Familien, die die Grundsicherung von Arbeitssuchenden (Hartz IV) erhielten. Die Zahl der Kinder in Bedarfsgemeinschaften der Grundsicherung ist demnach in Freiburg von knapp 4.200 im Jahr 2005 zunächst in den weiteren Jahren auf 4.800 stark angestiegen, um dann seit 2012 bei etwa 4.500 zu verharren. Insgesamt leben im reichen Baden-Württemberg mit seiner vergleichsweise niedrigen Arbeitslosenquote von unter 4% 122.000 Kinder (»nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren«) in Hartz-IV-Familien.[9]

Ende des Jahres 2013 bezogen in Baden-Württemberg nach Angaben des Statistischen Landesamts fast 50.000 Menschen Grundsicherungsleistungen für Ältere über 65. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der über 65-jährigen Grundsicherungsbezieher in Baden-Württemberg demnach um 74% erhöht.

Mehr als jeder zweite Erwerbstätige in Baden-Württemberg verdient weniger als 1.500 Euro netto im Monat.[10] Eine durchschnittliche Miete für eine Wohnung in durchschnittlicher Lage und Ausstattung in Stuttgart beträgt nach Berechnungen des Mietervereins Stuttgart 728 Euro. Eine Stuttgarter Miete halbiert also das verfügbare Einkommen jedes zweiten Arbeitnehmers: 50% des Einkommens muss für die Miete aufgebracht werden.

Im Gegensatz zu den grünen Eigenheimbesitzern können sich normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber keinen grünen Schrumpfstaat leisten. Sie sind auf attraktive und bezahlbare öffentliche Güter zwingend angewiesen. Auch angesichts der starken Zuwanderung braucht Baden-Württemberg mehr öffentliche Investitionen in Wohnungsbau, Krankenhäuser, öffentlichen Nah- und Regionalverkehr, Brücken und Straßen, Kindergärten, Schulen und öffentliche Gebäude.

Die Kehrseite des grünen Wahlerfolgs und der grün-schwarzen Regierungsbildung ist die Niederlage der SPD wie der Linken und der Erfolg der rechtspopulistischen AfD:

Die Linke mit ihrem Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger als Spitzenkandidaten scheiterte mit nur 2,9% deutlich am Einzug in den Stuttgarter Landtag. Die SPD liegt mit nur 12,7% auf einem historischen Tiefststand. Unter dem Eindruck der starken Zuwanderung, die für Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen aus der Wählerklientel der Linken und der SPD auch mehr Konkurrenz um Arbeitsplätze, Wohnungen und Kindergartenplätze bedeutet und insofern als soziale Bedrohung empfunden wird, wechselten nach Angaben von infratest dimap 22.000 frühere Linken- und 90.000 frühere SPD-Wähler zur AfD, die 15,1% erhielt. 28% der Linken-Wähler nannten die »Flüchtlinge« als entscheidendes Thema. 25% der Arbeiter und 27% der Arbeitslosen stimmten für die AfD. Damit ist die AfD unter Arbeitslosen und Arbeitern die stärkste Partei in Baden-Württemberg. Umgekehrt haben die Grünen mit 32% und die CDU mit 31% den höchsten Zuspruch unter den Selbständigen, sodass

Jendrik Scholz arbeitet als Abteilungsleiter Arbeits- und Sozialpolitik beim DGB Baden-Württemberg.

[1] Vgl. z.B. www.bpb.de/apuz/217993/austeritaetspolitik-als-gesellschaftliches-projekt?p=all.
[2] www.faz.net/aktuell/politik/inland/baden-wuerttemberg-zur-verantwortung-gezwungen-14145270.html.
[3] Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg und CDU Baden-Württemberg: Koalitionsvertrag 2016-2021, www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/160509_Koalitionsvertrag_B-W_2016-2021_final.pdf.
[4] Kretschmann, Winfried: Regierungserklärung »Auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie für Baden-Württemberg« am 26.3.2014, Stuttgart.
[5] Scholz, Jendrik: Beitrag des Deutschen Gewerkschaftsbunds zum Ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Baden-Württemberg 2015, www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/45466/ssoar-2015-scholz-Beitrag_des_Deutschen_Gewerkschaftsbunds_zum.pdf?sequence=3.
[6] Schäfer, Armin/Vehrkamp, Robert/Gagné, Jérémie Felix: Prekäre Wahlen – Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013, Gütersloh 2013, www.wahlbeteiligung2013.de/fileadmin/Inhalte/Studien/Wahlbeteiligung-2013-Studie.pdf.
[7] Grottian, Peter: König Winfried, der Zauderer, Kontext 5.9.2012, www.kontextwochenzeitung.de/debatte/75/koenig-winfried-der-zauderer-999.html.
[8] Hans-Böckler-Stiftung: Datenbank atypische Beschäftigung, www.boeckler.de/apps/atypischebeschaeftigung/index.php, eingesehen am 27.6.2016.
[9] Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarktreport Land Baden-Württemberg, November 2014.
[10] Vgl. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistisches Taschenbuch 2012, S. 30.

beide sich bzw. ihre Koalition zurecht als »bürgerlich« bezeichnen können. Unter den Gewerkschaftsmitgliedern erzielte die AfD nach den Zahlen der Forschungsgruppe Wahlen mit 15,7% ebenfalls ein sehr gutes Ergebnis.

Die grüne Aufforderung zu mehr politischer Beteiligung haben bisher nur die Arbeitgeberverbände ernst genommen und materiell mit Leben erfüllt: Nach Angaben des Bundestagspräsidenten überwies der Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg im Jahr 2015 den Grünen 110.000, der CDU 150.000, der FDP 100.000 und der SPD 60.000 Euro.[11]

Die Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg sind seit Beginn der 1990er Jahre deutlich zurückgegangen. Bis 1994 beliefen sie sich beispielsweise immer auf mehr als 1,0 Milliarden Euro im Jahr. In den Jahren 2014 und 2015 betrugen sie – die Inflation noch gar nicht berücksichtigt – nur noch 817 bzw. 850 Millionen Euro.[12]

Im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung des jeweiligen Jahres haben sich die Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg (Sachinvestitionsquoten) in den letzten 25 Jahren halbiert; und unter dem grünen Ministerpräsidenten waren sie in der Regel schwächer als unter CDU-Ministerpräsidenten in den Jahren zuvor (siehe Abbildung 1).

Gleichzeitig hat sich der Schuldenaufbau des Landes Baden-Württemberg in den letzten zehn Jahren stark verlangsamt. Im Jahr 2014 betrug der Schuldenstand 44,8 Milliarden Euro, im Jahr 2012 ist er sogar erstmals auf 41,5 Milliarden Euro zurückgegangen, während er 2004 bei 39,5 Milliarden Euro lag. Noch deutlicher sichtbar ist der Erfolg der baden-württembergischen Austeritätspolitik, wenn die Schulden auf das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Jahres bezogen werden (Schuldenquoten): Die Schuldenquote liegt im Jahr 2014 mit 10,2% inzwischen fast wieder auf dem Niveau des Jahres 1998 (10,0%) wie Abbildung 2 zeigt. Die Kehrseite der erfolgreichen Austeritätspolitik in Baden-Württemberg ist also das sinkende Niveau der öffentlichen Investitionen.

Unter grüner Führung hat die ehemalige Landesregierung in den ver-

Abbildung 1: Sachinvestitionen des Landes Baden-Württemberg im Verhältnis zum BIP in Baden-Württemberg 1991–2015 (Sachinvestitionsquoten)

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

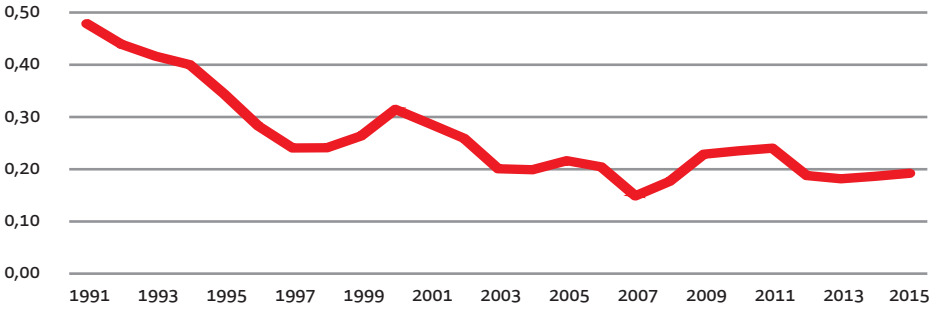


Abbildung 2: Schulden des Landes Baden-Württemberg im Verhältnis zum BIP in Baden-Württemberg 1991–2014 (Schuldenquoten)

Quellen: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

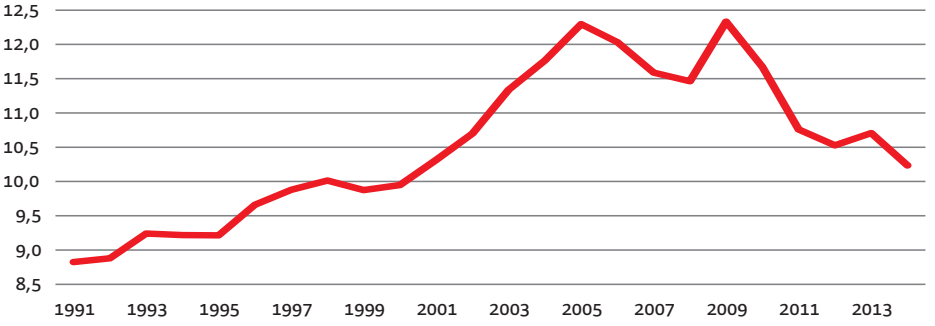


Abbildung 3: Entwicklung der Landesinvestitionen und Investitionszuweisungen an die Gemeinden 2011–2015 in Mio. Euro

Quellen: Ministerium für Wirtschaft und Finanzen Baden-Württemberg: Übersicht über die wichtigsten Eckdaten zur Haushaltsentwicklung des Landes Baden-Württemberg, Stand: 9.12.2015, 2011-2014: Ist-Zahlen, 2015-2016: Ansätze

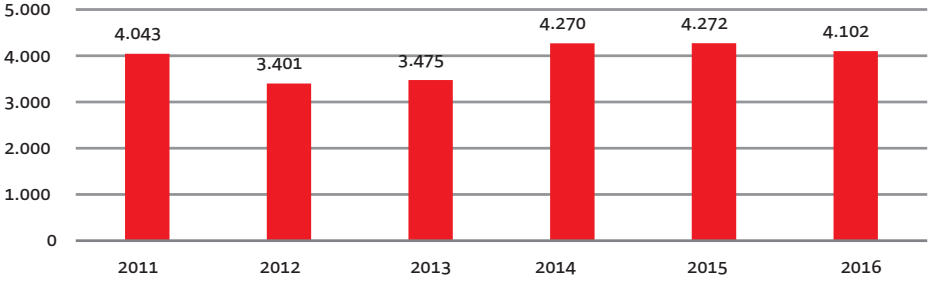
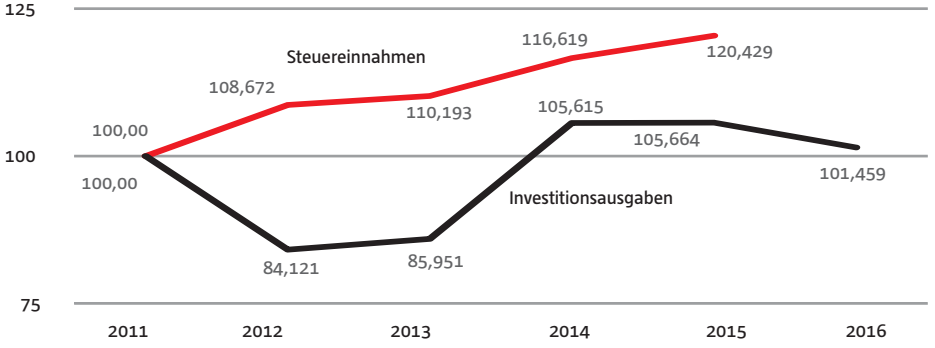


Abbildung 4: Vergleich der Entwicklung von Steuereinnahmen und Investitionsausgaben in Baden-Württemberg 2011–2016 (2011 Index = 100)



gangenen fünf Jahren die Investitionen des Landes einschließlich der Investitionshilfen an die Gemeinden bis zum Jahr 2013 weiter abgesenkt. Erst im Jahr 2014 hat die grün-rote Koalition die Investitionen um knapp ein Viertel auf 4,27 Milliarden Euro erhöht, in den beiden Folgejahren sind die Investitionen aber schon wieder leicht gesunken (siehe Abbildung 3).

Seit dem Jahr 2011 blieben die Investitionen unter grüner Führung deutlich hinter der Entwicklung der sprudelnden Steuereinnahmen zurück – wie Abbildung 4 zeigt. Der Schuldenabbau war den Grünen (und dem sozialdemokratischen Koalitionspartner) ideologisch viel wichtiger als Investitionen in die Zukunft des Landes.

Die Folgen der grünen Austeritätspolitik zeigen sich sowohl im Wohnungs- als auch im Gesundheitsbereich: Im Jahr 2014 wurden in Baden-Württemberg nur 32.000 Wohnungen fertiggestellt. Der Bedarf ist aber mit 70.000 neuen Wohnungen doppelt so hoch. Die Folge sind steigende Mieten, unter denen insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ballungsgebieten leiden: Ihr verfügbares Einkommen sinkt, und es droht ihnen Verdrängung aus der Stadt, was wiederum zu immer längeren Pendlerbewegungen zur Arbeit, Umweltbelastungen und zu weiteren zusätzlichen Kosten für die Betroffenen führt. Wegen der starken Zuwanderung nach Baden-Württemberg von zuletzt 150.000 Menschen pro Jahr werden weitere 30.000 Wohnungen pro Jahr benötigt, sodass insgesamt 100.000 Wohnungen im Jahr neu gebaut werden müssten. Der Deutsche Mieterbund Baden-Württemberg fordert, für den Neubau wenigstens 6.000 neuer Sozialwohnungen pro Jahr in den Ballungsgebieten und Universitätsstädten 250 Millionen Euro pro Jahr aus Landesmitteln neben den Fördermitteln des Bundes in Höhe von 80 Millionen Euro zu mobilisieren. Die Grünen teilten in ihrem Wahlprogramm zwar die Diagnose des Mieterbunds, wonach »günstige Wohnungen für junge Familien und Menschen mit geringem Einkommen« fehlen würden.[13] Aussagen darüber, wie viele neue Wohnungen mit welchen finanziellen Mitteln des Landes im Jahr entstehen sollen, fehlen allerdings im Wahlprogramm der Grünen.

Knapp die Hälfte der Krankenhäuser in Baden-Württemberg schloss das Jahr 2014 mit einem Defizit ab. Ein wesentlicher Grund dafür ist neben der unzureichenden Finanzierung der Betriebskosten die nicht ausreichende Finanzierung der notwendigen Investitionen durch die von den Grünen geführte Landesregierung. Dadurch wurden die baden-württembergischen Krankenhäuser gezwungen, unabdingbare Investitionen, für die normalerweise das Land Baden-Württemberg verantwortlich ist, aus ihren Betriebsmitteln zu finanzieren, die eigentlich für die Versorgung der Patientinnen und Patienten vorgesehen sind: Baustellen werden durch Personalstellen querfinanziert. Die daraus folgende Reduzierung der verfügbaren Personalmittel führt zu Personalabbau, untragbarer Arbeitsverdichtung der Beschäftigten und Qualitätsproblemen auf den Stationen, die auch die Gesundheit der Patientinnen und Patienten gefährden. Zwar hat die grün-rote Landesregierung seit dem Jahr 2011 ihre Krankenhausinvestitionen von 330 auf zuletzt 455 Millionen Euro pro Jahr erhöht, erforderlich sind aber nach Berechnungen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mindestens 660 Millionen Euro im Jahr.[14] Zusätzlich beträgt der Investitionsstau aus der Vergangenheit nach Angaben der Krankenhausgesellschaft Baden-Württemberg 800 Millionen Euro.

Mit ihrer ausdrücklichen Unterstützung von Schuldenbremse und Fiskalpakt betätigen sich die Grünen als Investitionsbremse. Für die Grünen – wie auch ihren schwarzen Koalitionspartner – ist auch in Zeiten niedrigster Zinsen bzw. Nullzinsen eine Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen über Kreditaufnahmen ein politisches Tabu. Unterlassene öffentliche Investitionen in der Gegenwart potenzieren sich in der Zukunft aber als ungleich höhere Folgekosten beispielsweise wegen Gettobildung, Bildungsmängeln und Kriminalität. Nachhaltig in einem fortschrittlichen und nicht, wie bei Grün-Schwarz, in einem neoliberalen Sinne wäre hingegen, heute in die Zukunft Baden-Württembergs zu investieren statt morgen mit weit höheren Kosten reparieren zu müssen.

Eine Kurswende der grün geführten Koalition weg von der Austerität und hin zu Zukunftsinvestitionen und mehr sozialer Gerechtigkeit ist in Baden-Württemberg nicht in Sicht. Weder macht sich die neue grün-schwarze Koalition für eine Finanzpolitik stark, die alle Spielräume für mehr Investitionen im Rahmen des herrschenden Rechtsrahmens ausnutzen und eine Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglichen würde, noch für eine Steuerpolitik auf der Landesebene, die den Steuervollzug erheblich verbessern und damit Mehreinnahmen ermöglichen würde. Auch eine Steuerpolitik auf Bundesebene, die hohe Einkommen und Vermögen stärker an der Finanzierung öffentlicher Investitionen beteiligen würde,[15] liegt außerhalb der Vorstellungen der grün-schwarzen Koalition. Kein Thema für Grün-Schwarz ist auch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer, deren Aufkommen dem Land Baden-Württemberg zugutekäme und die das Betriebsvermögen nicht wie bisher weitgehend steuerfrei stellen würde. Ver.di hat ein mit den Effekten für Baden-Württemberg durchgerechnetes Steuerkonzept mit derartigen Schwerpunkten vorgelegt, wonach Baden-Württemberg und seine Gemeinden sich mit 10,3 Milliarden Euro im Jahr besserstellen würden – viel Geld, das für wichtige Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden könnte.

[11] www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2015.

[12] Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Personalausgaben, Sachinvestitionen und Schuldenstand des Landes und der Gemeinden/Gv.

[13] www.gruene-bw.de/app/uploads/2016/01/GrueneBW-Landtagswahlprogramm-2016.pdf.

[14] https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Milliarde-Krankenhaeuser_2015.pdf.

[15] Vgl. DGB-Bundeskongress 2014, Beschluss des Antrags E 001 »Für einen handlungsfähigen Staat und eine gerechtere Steuerpolitik«, Berlin, http://bundeskongress.dgb.de/++co++223f3758-6dbb-11e4-b2e1-52540023ef1a.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Wer rettet ❒ Mandel ❒ Urban

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Wer rettet ❒ Mandel ❒ Urban

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

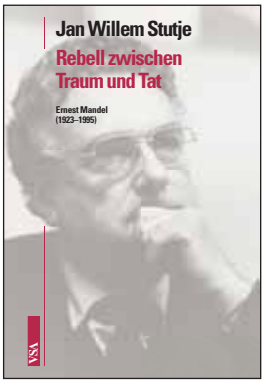
_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de